

■ Brennpunkt

Aktuelles zur Energieeinsparverordnung (EnEV)

Die neue EnEV wurde am 25. April 2007 durch die Bundesregierung beschlossen. Die Zustimmung durch den Bundesrat erfolgte am 8. Juni 2007. Die Verabschiedung EnEV durch den Bundestag ist am 27.06.2007 erfolgt und tritt am 01.10.2007 voraussichtlich in Kraft. Im Rahmen der EnEV werden auch die Energieausweise für Gebäude eingeführt. Für Nicht-Wohngebäude werden diese ab dem 1. Juli 2009 Pflicht. Nach wie vor gilt hier, dass es bei Bestandsgebäuden die Wahl zwischen Bedarfs- und Verbrauchsausweisen geben wird. Näheres zur Verfahrensweise wird in ergänzenden Bekanntmachungen des Bundes geregelt, die zum Redaktionsschluss zumindest für den Nicht-Wohngebäudebereich noch nicht vorlagen (die bisherigen Richtlinienentwürfe werden überarbeitet). Speziell für die Erstellung von Bedarfsausweisen wurde ein Forschungsprojekt durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung initiiert mit dem Ziel, einen Leitfaden zur vereinfachten Anwendung der Verfahren nach der DIN V 18599 für Standardgebäude zu entwickeln. Die DIN V 18599 enthält die zum Teil sehr aufwändigen und komplexen Rechenverfahren zur EnEV. Sie wurde im April 2007 in einer korrigierten Neufassung herausgegeben und dabei auch an die aktuellen Änderungen der EnEV angepasst. Ein kostenloses Berechnungstool auf Excel-Basis ist beim Fraunhofer-Institut für Bauphysik (IBP) verfügbar. Etwas komfortablere kommerzielle Tools werden demnächst zur Verfügung stehen. In den Hochschulen dreht sich die Diskussion allerdings noch um Fragen wie „wer ist für die Erstellung

der Energieausweise verantwortlich und ggf. wer darf die Ausweise erstellen?“ In jedem Fall bietet es sich an, die EnEV und die aktuelle Diskussion zur Energieeinsparung und CO₂-Reduzierung zum Anlass zu nehmen, Aktivitäten in diesem Bereich zu entwickeln. Ein Beispiel dafür zeigt der folgende Artikel. (rp)

Energieeinsparverordnung:

www.bmvbs.de

Excel-Tool: <http://www.ibp.fraunhofer.de/download/index.html>

Energiemanagement in den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz

Ein nicht unbedeutender Anteil der Sachkosten, den die Hochschulen für den Gebäudebetrieb verwenden, fließt in die Energieversorgung der Gebäude. So gab z.B. die Johannes Gutenberg-Universität Mainz in 2006 ca. 7,5 Mio € für Strom und Heizenergie aus. Angesichts dieser Sachkostenhöhen entstehen aus jährlichen Preissteigerungen auf dem Energiemarkt von bis zu 30 % spürbare finanzielle Probleme für die Hochschulen.

Neben dem starken Anstieg der Energiekosten entstehen aber auch durch neue gesetzliche Rahmenvorgaben, der Novellierung des Energieeinspargesetzes und Energieeinsparverordnungen im Rahmen der Umsetzung der EU-Effizienzrichtlinie, sowie durch die aktuellen Diskussionen über die Zusammenhänge zwischen Energieverbrauch und Klimaänderung, ein gesetzlicher und gesellschaftlicher Druck.

Eine weitere gesellschaftspolitische Verantwortung besteht in der Vorbildfunktion der Hochschulen als Multiplikatoren bei der Ausbildung zukünftiger Generationen von Führungskräften.

Auch wenn die Gesetzestexte sich primär an die Eigentümer der Liegen-

schaften richten, sind die sich daraus ergebenden Konsequenzen - der effizientere Umgang mit Energie - nur im Rahmen der Betreiberverantwortung der Hochschulen lösbar. Das einzige sinnvolle Instrumentarium, um sich diesen Aufgaben zu stellen, ist der Aufbau eines Energiemanagements an den Hochschulen.

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz erhielt im Jahr 2005 seitens des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur den Auftrag, ein Rahmenkonzept für Energiemanagement zu entwickeln.

In Kooperation mit dem Ministerium für Finanzen wandte sich die Johannes Gutenberg-Universität an die HIS GmbH mit der Bitte um Zusammenarbeit. Da seitens der HIS GmbH ebenfalls ein großes Interesse an diesem Thema bestand, wurde ein bundesweites Projekt zum „Energiecontrolling und Energieeffizienz in Hochschulen“ gestartet. An diesem Projekt nahmen 2006 über 30 Hochschulen teil. Ein umfangreicher Projektbericht hierzu liegt bei HIS vor.

Auf Basis dieses Projektberichtes wurde in Rheinland Pfalz ein Handbuch „Energiemanagement in Hochschulen“ erstellt. In diesem wurde auf die einzelnen Aufgaben des Energiemanagements im Hochschul-

AUS DEM INHALT

- Brennpunkt
- Seminare
- Aus den Ländern
- Materialien
- Zu guter Letzt

bereich eingegangen. Inhaltliche Schwerpunkte sind:

- Organisatorische Voraussetzung von Energiemanagement an Hochschulen
- Aufbau von Energiecontrolling an Hochschulen
- Energetische Bewertung von Gebäuden
- Planung und Durchführung von Energiesparmaßnahmen
- Begleitung investiver Maßnahmen
- Betriebsführung technischer Anlagen
- Einbeziehung der Nutzer
- Energiebeschaffung

Auf Initiative des Ministeriums für Finanzen und in Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur wird auf Basis dieses Handbuchs im nächsten Schritt der Dialog mit allen Hochschulen in Rheinland-Pfalz geführt. Hierbei soll ermittelt werden, welche Maßnahmen zum Aufbau eines Energiemanagements in den einzelnen Liegenschaften notwendig sind. Dieser Schritt wird begleitet durch die Möglichkeit einer entgeltfreien liegenschaftsspezifischen Ist-Analyse durch die Transferstelle für Rationelle und Regenerative Energienutzung Bingen.

Ziel ist es, den beteiligten Hochschulen bis Ende 2007 erkennbare Optimierungsvorschläge für den Aufbau eines Energiemanagements in ihrer Liegenschaft anzubieten und somit die Energieeinsparbemühungen der Hochschulen gezielt zu unterstützen.

➔ Dr. J. Liers

joachim.liers@verwaltung.uni-mainz.de

➔ BDM. Kirch

markus.kirch@fm.rlp.de

■ Seminare

Rückblick

Vom 18. Juni bis 20. Juni 2007 fand das 10. Praxisseminar zum Thema „Abfall in Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen“ statt.

Die Vizepräsidentin der TU Clausthal, Frau Dr. Schwarz, eröffnete das Seminar. Sie stellte die Bedeutung des Themas Abfallentsorgung in Hochschulen heraus und schilderte die Beobachtung, dass im privaten Umfeld jeder bereitwillig Mülltren-

nung betreibt, aber im öffentlichen Raum, außerhalb der eigenen vier Wände, das Verantwortungsbewusstsein nicht so ausgeprägt ist. Auf dieses Verhalten gilt es in Zukunft Einfluss zu nehmen.

Mit 63 Teilnehmern war das Interesse am Seminar sehr hoch. Als besonders erfolgreich bezeichneten die Organisatoren die positive Resonanz auf die Gespräche in themenbezogenen Schwerpunktgruppen. Die zahlreichen Vorträge wurden durch gezielte Fragen sowie Erfahrungsberichte der Teilnehmer bereichert.

Das nächste Seminar zum Thema Abfallentsorgung findet routinemäßig im Sommer 2009 statt. (sd)

ExpertInnengespräch

„Kooperation der Akteure in der Gesundheitsförderung an Hochschulen“

In der Vergangenheit war es häufig aufgefallen, dass die Akteure in Hochschulen im Kontext von Gesundheitsförderung nur schwer kommunizieren konnten. Daher war die Intention einer Veranstaltung von HIS und dem Arbeitskreis „Gesundheitsfördernde Hochschulen“ am 22. März 2007 einen professionellen Austausch der an gesundheitsfördernden Prozessen in Hochschulen beteiligten Personen(gruppen) zu initiieren und die schwierigen Aspekte der Zusammenarbeit zu identifizieren und neue Wege für eine verbesserte Kooperation auszuloten. Hierbei wurde diskutiert, (1.) welchen Beitrag die Funktionsgruppe zur Gesundheitsförderung an der Hochschule leisten, (2.) wie die Schnittstellen zu den anderen an der Gesundheitsförderung beteiligten Personen der Hochschule gestaltet sind und (3.) wie die Kooperation mit den anderen an gesundheitsfördernden Prozessen in Hochschulen beteiligten Personen(gruppen) zu verbessern wäre.

Die Diskussion ergab ein sehr heterogenes Bild der möglichen und erforderlichen Kooperationsmöglichkeiten und Wünsche. Diese sind natürlich neben dem inhaltlichen Bezug auch immer durch persönliche (menschliche) Präferenzen geprägt. Darüber hinaus existieren teilweise

gravierende Unterschiede in der Eigen- und Fremdwahrnehmung von Schnittstellen und „guten Kooperationen“.

Alle Akteure haben die Bedeutung dieses Austausches für eine Verbesserung der Kooperation unterstrichen und wollen sich aktiv an der Fortsetzung des Dialoges beteiligen. (jm)

Vorschau

Forum Arbeitssicherheit in Hochschulen

Fachkooperationsseminar der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH und der Landesunfallkasse Niedersachsen vom 10. bis 12. September 2007 an der Technischen Universität in Braunschweig.

➔ J. Müller

jmuller@his.de

Tagung der Sicherheitsfachkräfte und Gefahrstoffbeauftragten an Fachhochschulen

„Gefahrstoffverordnung und Arbeitsschutz“ vom 17. bis 19. September 2007 an der Hochschule Zittau/Görlitz (FH).

➔ A. Günter

guenter@hv.fh-bochum.de

Bundesweite Arbeitstagung

„Betriebliche Suchtprävention und Gesundheitsförderung an Hochschulen und Universitätskliniken“ vom 08. bis 10. Oktober 2007 in München-Freising.

➔ G. Schumann

Guenter.Schumann@uni-oldenburg.de

■ Aus den Ländern

Schleswig-Holstein

Arbeitsschutzaufgaben auf die Unfallkasse übertragen

Zur Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform hat die Landesregierung beschlossen, sämtliche Aufgaben des Arbeitsschutzes vom Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit (LGASH) in Kiel zum 1. Januar 2008 auf die Unfallkasse Schleswig-Holstein zu übertragen. Sozialministerin Gitta Trauernicht sagte: „Mit dieser Auf-

gabenübertragung wird der Arbeitsschutz einen zukunftsfähigen Hafen anlaufen. Die bisher von zwei Behörden betreuten Betriebe haben nur noch einen Ansprechpartner. Das ist weniger Bürokratie und stärkt noch dazu die Qualität des Aufgabenvollzugs und der Beratung.“ Der für Verwaltungsmodernisierung zuständige Staatssekretär Klaus Schlie ergänzt: „Das ist ein wichtiger Schritt beim angestrebten weitgehenden Rückzug des Landes aus dem direkten Verwaltungshandeln“.

Das gewählte Modell ermöglicht über die vom Kabinett vorgegebenen 15 Prozent hinaus zusätzliche Einsparungen von vier Prozent der gegenwärtigen Personalkosten. Zudem ist die Unfallkasse der Unfallversicherungsträger für Land und Kommunen sowie den gesamten öffentlichen Bereich in Schleswig-Holstein. Als „Berufsgenossenschaft des öffentlichen Dienstes“ nimmt die Unfallkasse vor allem im Bereich Prävention vergleichbare beziehungsweise identische Aufgaben wie das Landesamt wahr, heißt es in einer Pressemitteilung.

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren in Kiel: Landesregierung stellt Weichen zur Auflösung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit. Pressemitteilung vom 23. Januar 2007. (jm)

Baden-Württemberg

Universität Heidelberg

Umsetzung der Gefahrstoffverordnung

In Zusammenhang mit der Umsetzung der Gefahrstoffverordnung, insbesondere um den Kontakt mit krebserzeugenden Stoffen zu vermeiden, hat die Universität ein eigenes Warnschild entwickelt, um auf die stark variierenden Bedingungen in den Laboren flexibel zu reagieren.



Das Warnschild wird temporär bei Arbeiten mit KMR-Stoffen verwendet; gekennzeichnet werden dabei je nach Erfordernis entweder ein Abzug oder eine Glove-Box, ein

Labor-Teilbereich oder auch ein gesamtes Labor.

Dieses Vorgehen ist mit dem Baden-Württembergischen Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie der Unfallkasse Baden-Württemberg abgesprochen.

➔ Dr. M. Hoffmann

markus.hoffmann@urz.uni-hd.de

Universität Karlsruhe

Datenkopplung zwischen HIS-LSF und Gebäudeautomationssystem an der Universität Karlsruhe

Zwischen dem LSF-Modul für die Hörsaalbelegung und dem Gebäudeautomationssystem der Universität, das als OPC-Server-Lösung realisiert ist, wurde eine Schnittstelle auf XML-Basis realisiert. Beteiligt waren das Rechenzentrum der Universität, ein Ingenieurbüro und HIS. Der Datenaustausch funktioniert bereits seit März 2006 zuverlässig und dient dazu, eine effizientere Klimatisierung der zentral belüfteten Hörsäle zu erreichen. Durch das System wird zudem Arbeitszeit eingespart, die bislang für die manuelle Eingabe der Belegungszeiten in das Gebäudeleitsystem erforderlich war.

Universität Osnabrück

MOBIWO 2007 - umweltfreundliche Mobilitätswochen

Mobilität ist von grundlegender Bedeutung für unser Leben. Der damit verbundene Verkehr belastet aber die Umwelt in vielfacher Weise. Täglich bewegen sich rund 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 11.000 Studierende von ihrer Wohnung zur Hochschule und zurück. Damit bewirkt die Universität ein erhebliches Verkehrsaufkommen, das es durch unterschiedliche Angebote zu optimieren gilt.

Grund genug für die Universität Osnabrück vom 1. Mai bis zum 31. Juli die MOBIWO 2007 - die umweltfreundlichen Mobilitätswochen - zu veranstalten. Die Hochschulangehörigen erwartet ein buntes Programm mit Informationen,

Radtouren, Pannenhilfekursen, Vorträgen und vielen Mitmach-Aktionen, bei denen etliche attraktive Preise zu gewinnen sind.

Ziel soll es sein, die Hochschulangehörigen für eine nachhaltige und effiziente Mobilitätsabwicklung zu gewinnen. Wo bei zukunftsfähige Mobilität nicht auf ein einziges Verkehrsmittel fixiert ist, sondern auf eine intelligente Kombination und das sinnvolle Miteinander aller Arten von Mobilität setzt.

Organisiert wird die MOBIWO 2007 von der Umweltkordinatorin, dem AstA und einer Projektgruppe des Arbeitskreises Umweltschutz der Universität Osnabrück.

Besonderen Anklang fanden Aktionen wie die Fahrradversteigerung des Fundbüros oder die Fahrradcodierung. Auch für die Mitarbeiter-Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ (von AOK und ADFC) haben sich dieses Jahr bereits 135 Personen angemeldet.

Alle Termine und Aktionen zur MOBIWO, sowie Informationen rund um das Thema Mobilität in Osnabrück sind in der MOBIWO-Broschüre enthalten.

➔ J. Essl, Tel. 0541-9692242

jutta.essl@uni-osnabrueck.de

www.uni-osnabrueck.de/umwelt

Materialien

BMU (Hrsg.): Nachhaltigkeitsberichterstattung

Empfehlungen für eine gute Unternehmenspraxis. März 2007. – 16 S.

Die Broschüre skizziert die Kerninhalte von Nachhaltigkeitsberichten, setzt sich mit der Glaubwürdigkeit auseinander und listet für den Geschäftserfolg relevante Aspekte und Indikatoren auf.

Urteil: Kurz und prägnant die Kerninhalte aufgelistet. Ein geeigneter Einstieg für alle, die Informationen über den Umweltbereich hinaus wünschen. (jm)

Hahn, T., Liesen, A., Figge, F., Barkenmeyer, R.: Nachhaltig erfolgreich wirtschaften

Eine Untersuchung der Nachhaltigkeitsleistung deutscher Unternehmen mit dem Sustainable-Value-Ansatz. 2007.

In der Studie werden die Nachhaltigkeitsleistung von 28 deutschen Unternehmen mit dem Sustainable-Value-Ansatz bewertet. Das Prinzip der Bewertung ist einfach: „Ein Unternehmen schafft mit seinen eingesetzten ökonomischen, ökologischen und sozialen Ressourcen dann Werte, wenn es mit diesen Ressourcen mehr Ertrag erzielt als andere Unternehmen“. Die monetäre Bewertung erfolgt auf der Betrachtung des Einsatzes von insgesamt zehn unterschiedlichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Ressourcen (Indikatoren), wie beispielsweise den Kapitaleinsatz, die CO₂-Emissionen, den Wasserverbrauch, die Gesamtabfallmenge oder die Zahl der Arbeitsunfälle und der Arbeitsplätze. Die Analyse zeigt eine sehr unterschiedliche Ressourceneffizienz der einbezogenen Unternehmen.

Urteil: Auch wenn nicht alle 10 aufgeführten Indikatoren zum Ressourceneinsatz von Hochschulen ermittelt werden (können) und auch wenn die Nettowertschöpfung von Hochschulen noch zu definieren ist, liegt mit dieser Studie eine interessante Diskussionsgrundlage für einen Branchenvergleich vor. Interessant für betriebswirtschaftlich orientierte Personen in der Nachhaltigkeitsberichterstattung oder für diejenigen, die im Hochschulbereich die Ersten sein wollen.

Kurzfassung (14 S.) und Langfassung (114 S.): <http://www.new-projekt.de/studie/download/index.html> (jm)

Springer, E.A.: Management und Modernisierung von Turn- und Sporthallen

PPP-Konzepte, zeitgemäße Sanierung und energieeffiziente Nutzung. Müller (C.F.), Heidelberg; Auflage: 1, März 2007 - ISBN-10: 3788077956, ISBN-13: 978-3788077952, 277 Seiten, 46,00 €.

Sportstättenbau ist - ebenso wie Bau im Hochschulwesen - eine öffentliche Auf-

gabe und somit auch in der Position einer Vorbildfunktion. Dies bedeutet nicht nur sparsamer Umgang mit öffentlichen finanziellen Mitteln, sondern auch die Möglichkeit zur Verbreitung von Pioniergeist in den Bereichen Arbeits- und Umweltschutz, energieeffizienter Betrieb, Gebrauch erneuerbarer Energien. Es kostet Mut sich den öffentlichen Diskussionen, um den Einsatz von neuen Technologien und Energiequellen, zu stellen.

Dieses Werk bietet beispielhafte Grundlagen zu Diskussion im Bereich effizientes Bauen, Managen und Modernisieren an Hochschulen anhand von Berichten zu Renovierungen und Sanierungen von Sportstätten und Turnhallen.

Im Buch werden zunächst die Anforderungen an den modernen Sportstättenbau und der Sanierungsbedarf vorhandener Sporteinrichtungen dargelegt. Des Weiteren werden Innovationen zur Energieeffizienz von Sporthallen vorgestellt, das europäische Umweltmanagementsystem EMAS II für Sportstätten erläutert und verschiedene Modelle des Private-Public-Partnerships (PPP) dargestellt. Praxisnahe Anwendungsbeispiele präsentierender Maßnahmen zur Energieeinsparung in den Bereichen Wärme und Beleuchtung einer Sporthalle, sowie Beiträge zu den Themen „Komplettsanierung“, Energiepass für Sporthallen, Energieoptimierung und Maßnahmen zur Bestandsverbesserung der öffentlichen Gebäude.

Urteil: Lassen sie sich nicht vom Titel abschrecken. Die praktischen Beispiele der Sporthallen beleuchten die angesprochenen Themen auf so vielfältige Art und Weise, dass sie als Diskussionsgrundlage und zur Ideenfindung im Bereich anderer öffentlicher Gebäude und Hochschulen sehr wohl geeignet sind. Eine 1:1-Übernahme der Lösungen ist allerdings nicht zu empfehlen, was sich aus dem spezifischen Fachgebiet und den Ansprüchen der Sportstätten ergibt. (sd)

Zu guter Letzt

INQA-Studie

„Was ist gute Arbeit?“ Anforderungen aus der Sicht von Erwerbstätigen

Die Initiative Neue Qualität der Arbeit hat eine repräsentative Umfrage bei den Erwerbstätigen (abhängig Beschäftigten) in Deutschland mittels Fragebogen durchgeführt. Ziel ist es, Ansatzpunkte für eine innovative Gestaltung der Arbeit zu erkennen.

Schlaglichter aus den Ergebnissen

Hohe Leistungsbereitschaft aber geringe Anerkennung:

- 74 % halten Gesundheitsschutz für einen sehr wichtigen Aspekt
- 72 % sind stolz auf ihre Arbeit
- 64 % haben in den letzten vier Arbeitswochen mit Freude gearbeitet
- 54 % sind von ihrer eigenen Arbeit begeistert
- 61 % erfahren nie oder selten Anerkennung für Ihre Arbeit
- 48 % fühlten sich in den letzten vier Wochen nie oder selten mit ihrem Unternehmen besonders verbunden

Gute Arbeit bedeutet aus der Sicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern:

- ein festes, verlässl. Einkommen zu erhalten
- unbefristet beschäftigt zu sein
- kreative Fähigkeiten in die Arbeit einbringen und entwickeln zu können
- Sinn in der Arbeit zu erkennen
- Anerkennung zu erhalten
- soziale Beziehungen zu entwickeln
- die Achtung/der Schutz der Gesundheit

Quellen: INQA und DGFP (jm)

HIS:Mitteilungsblatt

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz

18. Jahrgang (erstmalig 1989 als HIS Mitteilungsblatt Gefährliche Stoffe und Abfälle in Hochschulen)

Herausgeber:

HIS Hochschul-Informationssystem GmbH
Prof. Dr. M. Leitner

Redaktion:

S. Domscheit (sd), I. Holzkamm (ih),
J. Müller (jm) (verantwortlich), R.-D. Person (rp)

Adresse der Redaktion:

Goseriede 9, 30159 Hannover, Telefon und
Fax: 0511/1220-140, E-Mail: jmueller@his.de

Erscheinungsweise und Bezug:

Vierteljährlich, für Hochschulen und Behörden
im Hochschulbereich kostenfrei.

Internet:

<http://www.his.de/Abt3/Umweltschutz/Infoseite/>

Hinweis gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz: